



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 10. Oktober 2024
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 67. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 9. Oktober 2024, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Bericht des Landesbeirats für den Vollzug der Abschiebungshaft in der Abschiebungshafteinrichtung in Glückstadt

Jahresbericht 2021 – 2023

[Umdruck 20/3648](#)

Justizstaatssekretär Carstens stellt den Bericht des Landesbeirats, [Umdruck 20/3648](#), vor. Der Ausschuss führt eine Aussprache mit ihm sowie Frau Kratz-Hinrichsen, Vorsitzender des Landesbeirats, durch.

2. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Tätigkeitsbericht 2024

[Drucksache 20/2039](#)

Die Landesbeauftragte für Datenschutz, Frau Hansen, stellt den Tätigkeitsbericht vor. Es folgt eine Aussprache. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht, [Drucksache 20/2039](#), zur Kenntnis zu nehmen.

3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW

[Drucksache 20/2309](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW

[Umdruck 20/3765](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Verkündung und Bekanntmachung

Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW

[Drucksache 20/2310](#)

Einstimmig nimmt der Ausschuss den interfraktionellen Änderungsantrag, [Umdruck 20/3765](#), an und empfiehlt den so geänderten Gesetzentwurf, [Drucksache 20/2309](#), dem Landtag einstimmig zur Annahme.

Den Gesetzentwurf, [Drucksache 20/2310](#), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag sodann unverändert zur Annahme.

4. Kinder- und Jugendgewalt entschieden entgegnet

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW
[Drucksache 20/2328](#)

Kinder- und Jugendgewalt ganzheitlich begegnen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/2365](#)

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

5. Information/Kenntnisnahme

[Unterrichtung 20/190](#) – Vorbereitung eines Siebten Medienänderungsstaatsvertrages zur Änderung des Medienstaatsvertrages, ARD-Staatsvertrages, des ZDF-Staatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages (Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks)

[Unterrichtung 20/192](#) – Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik zur Aktualisierung und Übertragung neuer Aufgaben

[Unterrichtung 20/194](#) – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und weiterer Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes

[Unterrichtung 20/196](#) – Bundesratsinitiative „Resilienz des Bundesverfassungsgerichts stärken“

[Unterrichtung 20/197](#) – Bundesratsinitiativen

1. „Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität in der Migrationspolitik sicherstellen“ sowie

2. „Änderungen im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung zur Stärkung der Terrorismusbekämpfung“

[Unterrichtung 20/198](#) – Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Mit Ausnahme der [Unterrichtung 20/190](#), die auf Wunsch des Abgeordneten Dr. Buchholz am 13. November beraten werden soll, nimmt der Ausschuss die aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, am Rande des Plenums eine Sitzung zu den Verfahrensfragen der neu überwiesenen Punkte anzusetzen.

Abgeordneter Dr. Buchholz beantragt für den 6. oder 13. November 2024 einen Bericht der Landesregierung zur Justizstrukturreform, der auch die Kostenschätzung sowie den Zeitplan zum Inhalt haben soll. Richterverband, Neue Richtervereinigung, DGB und dbb sollen zu der Sitzung eingeladen werden.

Schluss: 16:00 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka